

2007 - Ein Schicksalsjahr für Togo ?



von Helga Groz

Schicksalsjahre erlebt Togo in jüngster Zeit im 2- Jahres-Rhythmus. Doch eine Wende zum Besseren ist bislang ausgeblieben. Eher waren es Schicksalsschläge, denen das Land ausgesetzt war. Die Präsidentenwahl 2003 brachte – niemand hätte etwas anderes erwartet - die Fortsetzung der Regierungszeit des mit 36 Amtsjahren dienstältesten afrikanischen Diktators, Gnassingbé Eyadéma. Dieser Mann, der seinerzeit in der Hitliste der reichsten Diktatoren der Welt unter den Top Ten genannt wurde, war mit einer Wahl nicht loszuwerden. Das Ableben des Diktators im Jahr 2005 schien eine Wende erstmals in greifbare Nähe zu rücken. Doch ehe die überraschte Opposition aufwachte, machten Armee und Präsidentenclan klar, dass sie die Macht nicht so einfach aus den Händen geben würden: Faure Gnassingbé, ein Eyadéma-Sohn, wurde in einer Blitzaktion ins Präsidentenamt gehievt. Dieser Putsch löste bürgerkriegsähnliche Unruhen aus. Auf Druck der internationalen Gemeinschaft wurde dann zwar eine offizielle Präsidentenwahl nachgeschoben, doch der Putschist ließ sich nicht mehr aus dem Präsidentenpalais vertreiben. Mittels umfangreicher Wahlmanipulation und Repression gegen die Bevölkerung gelang ihm schließlich die „Legalisierung“ seines Coups. Das togoische Volk bezahlte diese Aktion mit Hunderten von Toten und 40 000 Flüchtlingen. 2007 steht eine Parlamentswahl an und man darf gespannt sein, was das Schicksal diesmal für Togo bereithält.

Die Allparteienregierung geht im Reformstau unter

Auf Druck der europäischen Union, die die Wiederaufnahme der seit 1993 eingestellten Entwicklungszusammenarbeit von einer Demokratisierung abhängig macht, kommt es nach Abklingen der Unruhen zu einem nationalen Dialog zwischen Regierung und Opposition. Unter Vermittlung des Präsidenten des Nachbarlandes Burkina Faso, Blaise Compaoré, wird ein Kompromiss ausgehandelt. Mit Ausnahme der stärksten

Oppositionspartei (UFC) lassen sich im September 2006 fast alle Parteien in eine Allparteienregierung einbinden. Der Präsident des CAR, Yawovi Agboyibo, ein Rechtsanwalt, der unter Eyadema schon im Gefängnis saß, wird Premierminister. Weitere prominente Führer aller größeren Oppositionsparteien erhalten Regierungsämter. Die Familie Gnassingbé reserviert für sich außer dem Präsidentenamt das Verteidigungsministerium und das Ministerium für Jugend und Sport. Die togoische Regierung umfasst 35 Mitglieder mit Ministerrang. Alleine diese Zahl lässt nicht auf effizientes Arbeiten hoffen. Eher dürften hier Pfründen verteilt worden sein - die afrikanische Art, Beziehungen zu pflegen. Inwiefern sich diese in der Regierungsarbeit gänzlich unerfahrenen Politiker überhaupt für ihre Ämter eignen, mag dahingestellt bleiben. Ihrer Hauptaufgabe, die seit Jahren galoppierende sozioökonomische Krise in den Griff zu bekommen, ist diese Regierung bis jetzt um keinen Deut näher gekommen. Im Gegenteil, das wirtschaftliche Desaster hat ein dramatisches Ausmaß angenommen. Ohne massive finanzielle Unterstützung von außen ist das Land auf Dauer nicht zu halten. Dessen dürften sich selbst die schlimmsten Hardliner in Armee und Präsidentenpartei (RPT) bewusst sein. Und so hat man einige vorsichtige Schritte in Richtung Demokratie unternommen: Armeereform, Justizreform und eine Reform des Polizeiwesens wurden zumindest absichtswise in Angriff genommen. Auch eine Antikorruptionskommission wurde vom Präsidenten installiert. Im Gegenzug hat die EU die Freigabe eingefrorener Entwicklungsgelder in Aussicht gestellt. Inwiefern dies die in der togoischen Hierarchie fest verankerten Seilschaften beeindruckt wird, bleibt abzuwarten. Ebenso fraglich ist, ob der von China kürzlich verkündete Schuldenerlass von umgerechnet 15 Mio. € der Förderung der Demokratie dient, oder eher als Wahlkampfhilfe für die alte Nomenklatura zu werten ist.



Die Altlasten der Vorgängerregierung kleben auch an diesem Kabinett

Während in Richtung Reformen kleine Schritte unternommen werden, lässt die Ahndung der Menschenrechtsverletzungen weiter auf sich warten. Hierzu die togoische Zeitung „Le Regard“ im Januar 2007: „Erstmals seit Bestehen der togoischen Republik fordern mehrere hundert Opfer von Menschenrechtsverletzungen oder deren Angehörige ihr Recht auf Untersuchung und Bestrafung der Täter ein. Sie wollen wissen wer, warum und auf wessen Befehl ihnen oder ihren Angehörigen Unrecht bis hin zum Mord zugefügt hat.“ Die



Antwort der Gerichte ist einfach: die Verfahrensgebühren, die vor Annahme eines Falles zu entrichten sind, werden so hoch angesetzt, dass den meisten Klägern bereits vor Klageerhebung finanziell die Luft ausgeht. Amnesty International veröffentlicht im Januar 2006 eine lange Liste von unaufgeklärten Fällen. Maßnahmen zu deren Aufklärung oder gar Strafverfolgung werden nicht getroffen. Im April 2007 evaluiert der Beauftragte des UNO-Menschenrechtskommissars, Manfred Nowak, die Lage in Togo. Das Ergebnis seiner Recherchen ist ernüchternd: Von Regierungsseite habe man ihm zwar versichert, dass man sich (gegenüber der EU) verpflichtet habe, Folter etc. im togoischen Recht als Straftatbestand zu verankern. Doch solange dieses Gesetz nicht ratifiziert werde, bleibe den Folterern Tür und Tor geöffnet, so Nowak. Ebenso habe man ihm kein Rechtssystem vorweisen können, nach welchem Folteropfer Klagen vorbringen könnten. Bezüglich der schweren Übergriffe während der Wahl 2005 sei bislang nicht ein einziger Akteur vor Gericht gestellt worden. Im Juli 2007 erklärt Präsident Gnassingbé zu diesem heißen Thema:

„Eine gerichtliche Verfolgung dieser Vorwürfe in einem Klima höchster Spannung, wo die Justiz selbst unter dem Verdacht der Parteilichkeit steht, würde noch weitere, komplexere Probleme auslösen.“ Trockener Kommentar des Chefs der togoischen Arbeiterpartei Ameganvi: „Da er (Gnassingbé) von einem Großteil der Verbrechen persönlich profitiert hat, kann man seine Rede auch so interpretieren: „Ruhe, wir betrügen! Ruhe wir stehlen! Ruhe, wir wollen Massaker verüben!“

Die Schicksalswahl 2007 steht unter keinem günstigen Stern Eine weitere Regierungsaufgabe, an die der ersehnte Geldfluss aus der EU gekoppelt ist, ist die Organisation freier, fairer und transparenter Parlamentswahlen im Jahr 2007. Seit Oktober 2006 gibt es eine unabhängige Wahlvorberei-



tungskommission. Die Wahl war für Juni 2007 geplant. Dieses Datum wurde erst auf August und dann nochmals auf ein bislang nicht bekanntes Datum verschoben. Probleme bereiten offenbar die Wählerregistrierung und die Ausgabe der Wahlberechtigungsscheine. Wer sich daran erinnert, dass beim letzten Mal in den Präsidentenhochburgen auch Kleinkinder mit Wahlscheinen ausgestattet wurden, dagegen in einigen oppositionsdominierten Vierteln in Lomé die Wähler teilweise mit Waffengewalt von der Urne ferngehalten worden waren, kann das nur als schlechtes Omen deuten. Immerhin gibt es bereits Beschwerden der UFC, dass schon wieder Minderjährige Wählerkarten erhalten haben sollen. Die EU lässt sich diesen Urnengang 13,8 Mio. € kosten und wird demnächst Wahlbeobachter entsenden. Ob die in der Lage sein werden, ihre Aufgabe zu erfüllen, bleibt abzuwarten. Eine von der UFC und einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen für





den 3. August geplante Demonstration gegen die schlechte Wahlvorbereitung und den sinkenden Lebensstandard wurde von der Allparteienregierung verboten.

Ist dieses Land überhaupt zu retten?

Die Wirtschaft befindet sich seit Jahren auf einer Schussfahrt ins Tal, die Staatsverschuldung hat mit 1,5 Mrd. € die astronomische Höhe von 90% des Bruttoinlandsproduktes erreicht. In der Hauptstadt Lomé fällt an manchen Tagen bis zu 20 Stunden der Strom aus. Wer sollte da noch in Unternehmungen investieren, die die dringend benötigten Arbeitsplätze schaffen könnten? Doch gerade die Schaffung von Arbeitsplätzen, die der mit 3,1% im Jahr auch für afrikanische Verhältnisse überdurchschnittlich wachsenden Bevölkerung eine Zukunftsperspektive gäbe, ist nicht in Sicht. Die Infrastruktur ist veraltet. Krankenhaus- und Bildungswesen sind



marode. Der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Wasser liegt bei 51%, den Luxus von Sanitäreinrichtungen kennen nur 34%. Die einzig zuverlässige Entwicklung ist der stetige Anstieg der Lebenshaltungskosten. Vor allem die Erhöhung der Spritpreise um 60% in den letzten beiden Jahren trifft die Menschen am Lebensnerv. Ob jemand seine Feldfrüchte zum Markt bringt oder von A nach B fahren will, fast der gesamte Menschen- und Gütertransport spielt sich in Togo auf der Straße ab und dies meist in uralten Rostlauben mit immensem Kraftstoffverbrauch. Die landwirtschaftlichen Erträge sind rückläufig. Im Norden des Landes ist die Ausbreitung der Wüste bereits deutlich erkennbar, die Erosion kaum noch aufzuhalten. Der Anteil der unterernährten Menschen liegt inzwischen landesweit bei ca. 30%. Und die dürften sich gleichmäßig auf die rapide wachsenden Slums in Lomé und die ausgelaugten Landwirtschaftsgebiete im Norden verteilen. Die bereits erwähnte verbotene Demonstration



sollte sich auch gegen die Teuerungswelle bei gleichzeitiger Verschlechterung der Lebensbedingungen richten: gegen Stromabschaltungen, Ausfälle in der Wasserversorgung, gegen ausbleibende Gehalts- und Pensionszahlungen. Hier liegt der Sprengstoff verborgen, der den togoischen Staat aus den Angeln heben könnte: der zunehmend härtere Überlebenskampf der breiten Masse. Politische Freiheiten wären zwar auch wünschenswert, doch angesichts von Not, Krankheit, sinkender Lebenserwartung und absoluter Chancenlosigkeit gerade der jungen Leute tritt die Politik in den Hintergrund.



Wer immer siegreich aus dieser Wahl hervorgehen wird, muss wissen, dass die Leidensfähigkeit dieses Volkes Grenzen hat. Und wenn die Wirtschaftshilfe aus der EU nicht bald kommt, könnte die Zerreißprobe im Chaos enden. 43% der Togoer sind 15 Jahre alt und jünger. Sie alle wünschen sich ein menschenwürdiges Leben, wenn nicht im eigenen Land dann eben in der Emigration. Sie haben nichts zu verlieren.

Fotos aus Togo: Helga Groz

